Dokumentation

INGEBORG FLEISCHHAUER

DER DEUTSCH-SOWJETISCHE GRENZ- UND FREUNDSCHAFTSVERTRAG VOM 28. SEPTEMBER 1939

Die deutschen Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen Stalin, Molotov und Ribbentrop in Moskau

Anläßlich des 50. Jahrestages des Beginns von „Unternehmen Barbarossa" stellt sich – in Fortsetzung der vorausgegangenen Jahrestage des Hitler-Stalin-Pakts und des Beginns des Polenfeldzugs und damit des Zweiten Weltkrieges – die Frage, ob und inwieweit es der Geschichtswissenschaft gelang, die Hintergründe dieser dramatischen Ereignisse aufzuhellen. In diesem Falle ist die militärgeschichtliche Forschung in einer vergleichsweise günstigen Position; die diplomatiegeschichtliche und im weiteren Sinne außenpolitische Seite der Zuspitzung des deutsch-sowjetischen Konfliktes hingegen konnte bis vor kurzem aufgrund gravierender Mängel der Quellenlage nicht befriedigend dargestellt werden; viele Gesichtspunkte mußten unberücksichtigt bleiben, die vorgelegten Interpretationen ließen manche Frage offen. Auch die Darstellung der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Rahmen des Hitler-Stalin-Pakts krankte an einer begrenzten dokumentarischen Grundlage. Über die beiden zentralen politischen Abkommen, die die Eckpfeiler des Paktes bildeten, nämlich den Nichtangriffsvertrag vom 23. August und den Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 nebst ihren Zusatzprotokollen, finden sich vor allem in den Akten zur deutschen auswärtigen Politik gewichtige Anhaltspunkte. Allerdings weist die Korrespondenz des Auswärtigen Amts gerade hinsichtlich der deutsch-sowjetischen Partnerschaft dieser Zeit auffallende und die Forschung stark behindernde lacunae auf: Zentrale Dokumente, die Einblick in die Rolle Deutschlands im Rahmen dieser Partnerschaft geben würden, wurden in der Regel, wie dies nachweislich u. a. für das geheime Zusatzprotokoll zum Nichtangriffsvertrag und seine deutschen Entwürfe gilt[1], streng sekretiert und spätestens im Zuge der generellen Vernichtung geheimer Dokumente in den Jahren 1944–1945 auf Weisung des Reichsaußenministers vernichtet. Hinzu kommt, daß die deutsche Diplomatie jener Jahre aufgrund bestimmter subjektiver und objektiver Faktoren nicht in der Lage war, eine tatsachengetreue und vollständige Wiedergabe des wirklichen Geschehens

[1] Vgl. ADAP D VII, Nr. 309, S. 264 f. Die Entwürfe sind niemals aufgefunden und wohl vernichtet worden; das geheime Zusatzprotokoll wurde nach seiner Ablichtung vernichtet, das Lichtbild aufbewahrt.

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zu liefern. Die auswärtige Korrespondenz anderer Staaten gewährt zwar manchmal, aber nicht immer Einblick in jene Seiten der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die die deutschen Akten unvollständig oder in irreführender Einseitigkeit präsentieren.

Angesichts dieser relativ schmalen Quellenbasis stand die internationale Forschung zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen zwangsläufig im Zeichen einer gewissen Unvollständigkeit, die von der sowjetischen Geschichtsforschung schon deshalb nicht ausgeglichen werden konnte, weil sie Tatsachen negierte und die eigenen Dokumente zurückhielt; für die Jahre 1939–41 etwa existierte dort bis 1989 keine Dokumentenpublikation zu den deutsch-russischen Beziehungen. Ein halbes Jahrhundert zeitgeschichtlicher Forschung hatte so nicht zu einer abschließenden Klärung zentraler Fragen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses vor dem Krieg beitragen können; ungeklärt war lange Zeit die Frage, von wem die Initiativen ausgingen, die zum Hitler-Stalin-Pakt führten[2], die Frage nach dem Verhandlungsspielraum beider Seiten beim Abschluß und im Vollzug des Paktes sowie der Art der Verhandlungsführung selbst.

Die Freigabe der sowjetischen Dokumente im Zuge der Arbeiten der sowjetischen Parlamentskommission zur rechtlichen und historischen Bewertung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts unter der Leitung von A. Jakovlev hat eine entscheidende Wende der Forschung eingeleitet. Die generelle Freigabe der auswärtigen Akten der UdSSR auf gesetzlicher Grundlage (Verordnung des Ministerrats der UdSSR Nr. 804 vom 10. 8. 1990) eröffnete der Forschung die lange ersehnte Chance, die wichtigsten Etappen der bilateralen Beziehungen im Lichte des Kenntnisstandes und der Entscheidungsprozesse beider Seiten zu untersuchen. Dieser Durchbruch in der sowjetischen Archivsituation, bei dem der Archivleitung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten die Vorreiterrolle zukommt, dürfte zu einer Neubelebung der Erforschung der Stalinschen Außen- und speziell Deutschlandpolitik führen, deren Fruchtbarkeit sich als ähnlich groß erweisen kann wie die Leistungen der angelsächsischen Geschichtsforschung nach der Freigabe der deutschen auswärtigen Akten gegen Ende der vierziger Jahre.

Gleichwohl wäre es verfehlt, die bestehenden Forschungsdefizite allein auf die Unzugänglichkeit der sowjetischen Archive zurückzuführen. Auch in Deutschland existier(t)en schriftliche und mündliche Quellen, die ungenutzt blieben. Zu ihnen gehört etwa der umfangreiche Nachlaß des deutschen Botschafters in Moskau in der Zeit von 1934 bis 1941, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg (1875–1944), der trotz wiederholter Versuche seiner Angehörigen, die einschlägigen Institutionen dafür zu interessieren, bis Mitte der achtziger Jahre völlig unbeachtet blieb (er befindet sich in der Obhut der Familie auf Burg Falkenberg in der Oberpfalz). Dabei hatte der gewissenhafte Korrespondent und persönlich souveräne Auslandsvertreter dreier deutscher Regierungsformen – des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und des NS-Staates – große Mühe darauf verwandt, alle jene Dokumente

[2] Vgl. die Untersuchung der Verf., in: Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939, Berlin 1990.

privater und amtlicher Provenienz zu sammeln, die die einzelnen Stationen seiner beruflichen Laufbahn widerspiegelten. Er beabsichtigte, nach seiner Pensionierung eine historisch-politische Autobiographie auf breitester Quellenbasis zu verfassen. Dies war ihm nicht vergönnt – als potentieller Außenminister einer aus dem Staatsstreich des 20. Juli 1944 hervorgegangenen Regierung wurde er im November 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Sein – von der Gestapo gelichteter – Nachlaß enthält Einzelstücke von großem historischen Wert. Das wichtigste von ihnen ist der Durchschlag der maschinegeschriebenen Aufzeichnungen seines Mitarbeiters, des Legationsrates an der Deutschen Botschaft in Moskau, Gustav Hilger, über die Verhandlungen von Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop mit Generalsekretär Josif V. Stalin und Außenkommissar Vjatscheslav Molotov zum Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939, die hier veröffentlicht wird. Diesen Durchschlag ließ sich Schulenburg von Hilger, der die Verhandlungen im Auftrag Ribbentrops protokollierte, anfertigen, und er bewahrte ihn in Unkenntnis, wahrscheinlich sogar entgegen den Weisungen des Ministers in einem privaten Aktenordner mit der Aufschrift „Mich persönlich betreffende Angelegenheiten (Reisen usw.) 27. 9. 1938–24. 4. 40, Bd. 2" auf. So entging dieses einzige (mit einigen wenigen handschriftlichen Verbesserungen Hilgers versehene) Exemplar der Aufzeichnungen der Vernichtung und blieb der Forschung als eine der wenigen unmittelbaren Quellen über politische Verhandlungen Stalins mit einem ausländischen Staatsmann vor Eintritt der UdSSR in den Weltkrieg im allgemeinen und mit einem Angehörigen der Reichsregierung im besonderen erhalten.

Die Aufzeichnungen Hilgers geben im unmittelbaren zeitlichen Kontext des Geschehens den Verlauf der Gespräche Ribbentrops mit Stalin und Molotov wieder, die zur Einigung auf die Vertragstexte und zur Unterzeichnung durch die beiden Minister führten. Das Ziel der Aufzeichnung, deren Existenz in keinem uns bekannten Schriftstück erwähnt wird, bestand vermutlich darin, Hitler über den Gang der Verhandlungen zu informieren. Die Tatsache, daß Hilger eine Aufzeichnung über die Besprechungen während des zweiten Besuches Ribbentrops in Moskau anfertigte, läßt die Annahme wahrscheinlich erscheinen, daß er auch die Verhandlungen während des ersten Besuchs von Ribbentrop in Moskau, die im Abschluß des Nichtangriffsvertrags vom 23. August 1939 mit seinem geheimen Zusatzprotokoll gipfelten, aufgezeichnet hat[3]. Hilger selbst hat sich zu dieser Frage nicht (affirmativ) geäußert[4].

---

[3] Nach der Erinnerung des Chefdolmetschers des Auswärtigen Amts, Dr. Paul Schmidt, der des Russischen nicht mächtig war, sollte Hilger (zumindest in der zweiten Verhandlungsrunde am 23./24. August 1939) als Dolmetscher fungieren und „auch gleichzeitig die Aufzeichnungen über die Besprechungen machen". Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne, Wiesbaden 1986[14], S. 444.

[4] In seinen Erinnerungen gab Hilger den Inhalt der August-Verhandlungen summarisch wieder, ohne zu erwähnen, ob er als Protokollant fungiert hat. Vgl. Gustav Hilger/Alfred G. Meyer, The Incompatible Allies, New York 1953, S. 301 und Gustav Hilger, Wir und der Kreml, Berlin 1959, S. 289.
Nach Aussage der Herausgeber der ADAP hat Hilger diesen gegenüber am 23. Januar 1953 hin-

Fraglich bleibt, ob vergleichbare Aufzeichnungen auf sowjetischer Seite gemacht wurden und, im positiven Falle, der Vernichtung entgangen sind. Der in beiden Verhandlungen anwesende Dolmetscher Vladimir Pavlov, der einzige überlebende Augenzeuge dieser Gespräche, hat unseres Wissens bisher zu diesen Fragen geschwiegen. Bekannt ist allerdings, daß sich Stalin in der Regel von Vorgängen, an denen er selbst beteiligt war, nur Ergebnisprotokolle anfertigen ließ. Selbst ein solches könnte, sollte es noch gefunden werden, der Forschung weiterhelfen, und zwar vor allem in den Punkten, wo die Aufzeichnung Hilgers – bei all ihrem expliziten Charakter in den zentralen politischen Fragen – unklar ist oder Lücken aufweist; zu ihnen gehört z. B. die Frage der Lieferung deutscher Rüstungsgüter an die UdSSR, die aufgrund unterschiedlicher Interpretationen beider Seiten im Verlauf der Wirtschaftsverhandlungen zu einem Streitpunkt erster Ordnung wurde.

Die Aufzeichnung Hilgers hellt die bisher weitestgehend im Dunkel liegende innere Dimension der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes auf und ist damit ein unverzichtbarer Beleg für die Qualität und Entwicklungsperspektive dieses Verhältnisses. Sie gibt Gesprächs- und Verhandlungsphasen wieder, die anderweitig nicht belegt sind, und konkretisiert den Verhandlungshintergrund der Teile des Abkommens, die unterschriftsreif und insofern aktenkundig wurden. Ohne an dieser Stelle ins Detail zu gehen[5], sei auf einige Themenkomplexe von besonderer Bedeutung für die Fortentwicklung des Hitler-Stalin-Paktes hingewiesen, die neue Einsichten erlauben:

Hinsichtlich der deutsch-sowjetischen Beziehungen bedeutete Stalin seinem deutschen Gesprächspartner, daß die Sowjetunion und Deutschland in seinen Augen aufgrund ihrer natürlichen Lage zu einer fundamentalen Zusammenarbeit prädestiniert seien und daß er zu einer solchen Partnerschaft grundsätzlich bereit sei. Er hob weiter hervor, daß die bolschewistische Regierung seit jeher in Deutschland, anders als in England, einen bevorzugten Partner sah und die sowjetische Deutschlandpolitik nach der Abkühlung der deutsch-sowjetischen Beziehungen infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung so lange in der Schwebe blieb, bis die Reichsregierung ihr Interesse an der Wiederbelebung der Beziehungen aktiv bekundete. Für die Dauer des Krieges war die Sowjetregierung nach der für die Anwesenden glaubhaften Versicherung Stalins[6] an der Aufrechterhaltung einer starken deutschen Position

---

sichtlich der Septemberbesprechungen erklärt, daß außer einem Telegramm Ribbentrops an Hitler vom frühen Morgen des 28. September (ADAP D VIII, Nr. 152, S. 123–125) „keine andere Aufzeichnung von der Unterredung zwischen Stalin, Molotov und Ribbentrop gemacht wurde". (Ebenda, Anm. 1) Die Auskunft Hilgers, wenn sie denn so gegeben worden ist, wirft ernste Fragen auf. Denkbar ist, daß sich Hilger noch immer an die früheren Weisungen des Ministers gebunden fühlte, nach denen diese Vorgänge negiert werden sollten.

5 Die Untersuchung der Vf. in: Diplomatischer Widerstand gegen ‚Unternehmen Barbarossa' – Die Friedensbemühungen der Deutschen Botschaft Moskau 1939–1941, Berlin 1991, tut dies.

6 Ribbentrop ging davon aus, daß diese Auffassung Stalins „gewiß seiner damaligen Überzeugung entsprach" (Joachim von Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, Leoni 1953, S. 208); nach Auskunft von Dr. Karl Schnurre, der beide Male zur Delegation Ribbentrops gehörte und später an den Wirtschaftsverhandlungen, z. T. mit Stalin persönlich, beteiligt war, äußerte Stalin wiederholt,

interessiert und zu diesem Zwecke zu nahezu unbegrenzten Rohstofflieferungen an das Deutsche Reich bereit. Diese Positionen bezog Stalin freilich unter der hypothetischen Annahme, daß sich das nationalsozialistische Deutschland auch wirklich zu der historisch, geographisch und politisch gebotenen deutsch-russischen Partnerschaft bekennen würde. Die häufig vertretene These, Stalin habe einen Abnutzungskrieg im Westen begünstigt, verlangt vor diesem Hintergrund nach Revision.

Die Aufzeichnung bestätigt die Vermutung, Hitler habe sich mit dem Gedanken der Schaffung eines deutsch-russischen Bündnisses gegen England getragen, die sich auch aus den sporadischen Indienplänen des Reichsaußenministeriums und aus gewissen Äußerungen Hitlers im Gespräch mit Molotov im November 1940 in Berlin ableitet[7]. Die diesbezüglichen Ausführungen Ribbentrops unter dem Thema „Weitere Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen" verdeutlichen zugleich eine prekäre Unentschlossenheit der deutschen Seite in dieser Frage; schon beim ersten sowjetischen Widerstand lenkte sie, wenn auch nicht ersatzlos (gemeinsame Erklärung), ein. Ein Jahr später, im Gespräch Hitlers mit Molotov, kam die Bündnisidee in konzeptionslosen Eruptionen zum Ausdruck. Auf sowjetischer Seite dagegen springt in dieser Frage die taktisch überlegene Gesprächsführung Stalins und seine kategorische, aber äußerst geschickt vorgetragene Abneigung ins Auge, sich von der deutschen Seite in unerwünschte Kombinationen verstricken zu lassen.

Hinsichtlich der Teilung Polens gibt die Aufzeichnung Aufklärung über die Verhandlungen vom 23. August 1939. Danach war hier die Frage der Erhaltung eines unabhängigen Rest- bzw. Rumpf-Polens, die auch Eingang in das geheime Zusatzprotokoll fand, auf Wunsch Stalins offengeblieben, der den polnischen Puffer gegen die nach Osten orientierte Wehrmacht wohlweislich erhalten wollte. Der unerwartet schnelle Zusammenbruch des polnischen Widerstands und die ersten Erfahrungen der Roten Armee mit der polnischen Volksgruppe in Ostpolen hatten das sowjetische Vertrauen in dieses Sicherheitspfand offenbar schwinden lassen. Mit seiner Zustimmung zur gänzlichen Aufteilung Polens revidierte Stalin ein unhaltbares Konzept, zog sich aber – unter der (Schein-)Legitimation des ethnographischen Prinzips – auf die völkerrechtlich anerkannte Curzon-Linie zurück und bewies hiermit beträchtlichen Weitblick: Der Verzicht auf die laut geheimem Zusatzprotokoll vom 23. August an die sowjetische Interessensphäre fallenden zentralpolnischen

---

„daß die Sowjetunion ein starkes Deutschland im Zentrum Europas wünschte"; er „wünschte, daß Deutschland *in diesem Kriege siegreich bliebe. Die Sowjetunion sei bereit, alles zu tun, uns dabei zu* helfen." Karl Schnurre, Aus einem bewegten Leben. Heiteres und Ernstes, Selbstverlag, S. 85. In Berlin erfuhr Staatssekretär von Weizsäcker Mitte Januar 1941, in Anwesenheit des Militärattachés an der Deutschen Botschaft in Moskau, Generalleutnant Ernst Köstring, „Kenner Rußlands" seien der Auffassung, Rußland sehe seine Zukunft als „gesicherter (an), wenn Deutschland als kräftiger, vielleicht nicht übermächtiger Faktor in Europa dominiere". Leonidas E. Hill (Hrg.), Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, Berlin 1974, S. 233, Tagebuchnotiz vom 17. 1. 1941.

7 Ribbentrop räumte später ein, daß er bei Stalin „wegen einer möglichen engeren Bindung über den Freundschaftsvertrag hinaus in Richtung auf ein reguläres Bündnis für die kommenden Kämpfe mit den Westmächten sondierte"; Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, S. 206.

Gebiete machte eine Kollision mit den Garantiemächten Polens weniger wahrscheinlich und ebnete später, nach dem Bruch des Hitler-Stalin-Paktes durch das „Dritte Reich", den Weg zum Bündnis mit England.

Auch in der Bessarabien-Frage stellt die Aufzeichnung Hilgers einen Bezug zu den August-Verhandlungen her. Hier hatte Stalin seine Absichten einer Annexion Bessarabiens, das nach den deutsch-sowjetischen Vereinbarungen an die sowjetische Interessensphäre fallen sollte, ausdrücklich von außenpolitischen Entwicklungen abhängig gemacht, die ohne sein Zutun eintreten könnten. Seine Ankündigung, daß etwa ein Vorgehen Ungarns gegen Rumänien eine neue Lage schaffen würde, die das Gleichgewicht auf dem Balkan gefährden und die Sowjetunion zum Eingreifen nötigen würde, war auch und vielleicht in erster Linie als Warnung an die deutsche Adresse zu verstehen, daß die Sowjetregierung auf jede Einflußnahme Deutschlands auf dem Balkan, und sei es über den deutschen Verbündeten Ungarn, umgehend mit einem (präventiven) Gegenzug antworten würde.

Analog dazu lassen die bewußt freimütigen Auskünfte Stalins über die sowjetischen Pläne im Baltikum seine Absicht erkennen, die durch die Verträge mit dem „Dritten Reich" und die gemeinsame Besetzung Polens schwerstens belastete internationale Reputation der UdSSR so lange nicht durch weitere Akte verschleierter oder nackter Aggression zu schädigen, wie dies die weitere Entwicklung der internationalen Lage erlaubte. War sich Stalin zunächst („vorläufig") der Botmäßigkeit der durch die Beistandspakte militärisch an die UdSSR gebundenen baltischen Staaten sicher, so konnte in seiner Sicht doch im weiteren Verlauf des Weltkrieges eine Situation eintreten, die ihre Annexion unumgänglich machen würde. Bei dieser zeitlichen Konstruktion der sogenannten Lösung der baltischen Frage dürften Opportunitätserwägungen hinter den Sicherheitsbestrebungen zurückgestanden haben. Im Zentrum beider stand ein strategisches Konzept, demzufolge – wie der unbeirrbare Anspruch Stalins und Molotovs auf ein ungeteiltes Litauen nahelegt – das baltische Ostseeglacis die verwundbarste Stelle der Defensivzone der sowjetischen Interessensphäre gegenüber der deutschen Militärkraft bildete.

Für beide Gebiete – Bessarabien und das Baltikum – trat die von Stalin vorausgesehene außen- und militärpolitische Gefährdung tatsächlich ein, als Deutschland in der zweiten Maihälfte 1940 den Widerstand im Westen Europas brach und Hitler den Blick nach Osten zu richten begann. Die überstürzte sowjetische Annexion der baltischen Länder und Bessarabiens, deren abrupter Zeittakt Stalin weitgehend zum Verzicht auf innen- und außenpolitische Rechtfertigungen zwang, bewies im nachhinein, daß Stalin auch nach Abschluß des Paktes mit dem „Dritten Reich" nicht die Augen vor den Gefahren verschloß, die von Hitler ausgingen. Das nationalsozialistische Deutschland blieb der potentielle Hauptfeind, dessen militärische Durchschlagskraft aber auf dramatische und für die Sicherheit der UdSSR tragische Weise von Stalin verkannt wurde.

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Aufzeichnung

Betr. Moskauer Besprechungen des Herrn Reichsaußenministers[1] (Ende September 1939).

Der Herr Reichsaußenminister traf am 27.9. 39 gegen 18 Uhr in Moskau ein. Seine erste Besprechung mit Stalin[2] und Molotow[3] begann um 22 Uhr und dauerte 3 Stunden. Der Unterredung wohnten von deutscher Seite der Botschafter Graf von der Schulenburg und von Sowjetseite der Botschafter Schkwarzew[4] bei. Die Unterredung trug einen sehr freundschaftlichen Charakter und nahm im einzelnen nachstehenden Verlauf.

Der Herr Reichsaußenminister machte den russischen Herren einleitend eine umfassende Schilderung der deutschen Einstellung zur englisch-französischen Frage und zu den Kriegsereignissen. Der Krieg an der Westfront, so erklärte der Herr Reichsaußenminister, hätte bisher noch keinerlei ernsthaften [sic!] Ereignisse gezeitigt und würde in Deutschland allgemein als der „Kartoffelkrieg" bezeichnet. Von französischer Seite würde er vornehmlich mit dem Munde geführt, wobei sich die Agentur Havas besonders auszeichne. Die französischen Heeresberichte gäben die Sachlage unzutreffend wieder. Tatsache sei, daß bisher noch kein einziger französischer Flieger, der es gewagt hätte, über die deutsche Grenze zu fliegen, heil nach Hause gekommen sei. Die Engländer führten den Krieg durch ihr Informationsministerium, das den Namen „Lügenministerium" verdiene. Kein englischer Soldat und kein englisches Flugzeug habe bisher in die eigentlichen Kampfhandlungen eingegriffen, abgesehen von dem englischen Angriff auf Wilhelmshafen [sic!], an dem 16 englische Bombenflugzeuge teilgenommen hätten, von denen nur 6 Flugzeuge nach England zurückgekehrt, 10 dagegen abgeschossen worden seien. Seitdem habe England keinen Angriff auf Deutschland mehr gewagt. Die Engländer beschränkten sich darauf, Flugblätter über Deutschland abzuwerfen in der Hoffnung, den Führer und das deutsche Volk voneinander zu trennen. Dies würde ihnen aber nie gelingen und ein solcher Versuch sei ebenso zum Scheitern verurteilt, wie ein etwaiges Bestreben, die Völker der Sowjetunion von Stalin zu trennen.

Was die Lage im Westen betreffe, so stelle unsere Festungslinie das größte Werk dieser Art dar, das jemals erbaut worden sei. Diese Festungslinie laufe entlang der ganzen deutschen Westgrenze einschließlich der Grenze mit Belgien und Holland. Sie habe eine Tiefe von 50 km und zähle Zehntausende von Bunkern. Deutschland fühle sich hinter dieser Linie absolut sicher, denn eine solche Menge von Munition, die erforderlich sei, um die deutschen Befestigungen zu bezwingen, gäbe es in der ganzen Welt nicht. Vor der Befestigungslinie liege ein 10 km breites Minenfeld, das die Franzosen vergeblich versucht hätten anzugreifen. Nach den ersten Misserfolgen hätten sie derartige Versuche nicht mehr wiederholt.

Der Führer sei überzeugt, daß der Krieg nur zu unseren Gunsten auslaufen könne. Wenn unsere Gegner den Frieden haben wollten, so könnten sie ihn haben, wenn nicht,

[1] Joachim von Ribbentrop (1893–1946), Außenminister des Deutschen Reiches 1938–1945.

[2] Josif Vissarionovič Stalin (1879–1953), seit 1922 Generalsekretär der KPdSU der UdSSR.

[3] Vjačeslav Michajlovič Molotov (Skrjabin) (1890–1986), seit 1930 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, seit Mai 1939 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

[4] Aleksandr Alekseevič Škvarcev, seit September 1939 Bevollmächtigter Vertreter (im Range eines Botschafters) der UdSSR in Berlin.

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

so seien wir auf einen langen Krieg vorbereitet und in der Lage, mit mathematischer Sicherheit den Sieg zu erringen. Wenn England einen langen Krieg wünsche, so könne es ihn haben; wir hätten aber den Grund zu der Annahme, daß England einen langen Krieg nicht wünsche (an dieser Stelle stimmte Stalin lebhaft zu und sagte, daß auch nach seiner Ansicht England keinen langen Krieg wünsche). Deutschland sei in der Lage, England durch seine Armee, seine U-Boote und seine Luftwaffe furchtbare Schläge zuzufügen. England würde zu einem für Deutschland günstigen Frieden gezwungen sein und stark geschwächt aus dem Kampf hervorgehen. England sei sich dieser Gefahren durchaus bewußt und die Behauptung, daß es auf einen dreijährigen Krieg vorbereitet sei, könne nicht ernst genommen werden (auch an dieser Stelle gab Stalin deutliche Zeichen seiner Zustimmung).

Nunmehr, so sagte der Herr Reichsaußenminister, wolle er zu den drei Punkten übergehen, die den konkreten Gegenstand der Besprechungen bilden würden, zu denen er nach Moskau gekommen sei. Diese Punkte seien die folgenden:

1) Weitere Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen,
2) Frage der endgültigen Grenzziehung,
3) Problem des Baltikums, das von der Sowjetregierung allem Anschein nach bereits neuerdings praktisch in Angriff genommen würde.

Zu Punkt 1, so sagte der Herr Reichsaußenminister, habe der Führer ihn beauftragt, Stalin und Molotow zu sagen, daß er immer der Auffassung gewesen wäre, daß Deutschland entweder für den Westen oder für den Osten optieren müsse. Der Führer habe geglaubt und gehofft, daß es möglich sein würde, mit England ein freundschaftliches Verhältnis herbeizuführen. England habe sehr weitgehende Angebote des Führers schroff abgelehnt. Der Führer habe sich überzeugt, daß die Möglichkeit einer Verständigung mit England nicht vorhanden sei und daß diese Verständigung an der imperialistischen Halsstarrigkeit der englischen führenden Kaste gescheitert sei. Das Volk habe in England überhaupt nichts zu sagen. So sei es gekommen, daß England sich in die deutschen Angelegenheiten eingemischt hätte, die es nichts angingen, und sogar soweit gegangen sei, daß es Deutschland den Krieg erklärt habe. Der Entschluß des Führers, für die Sowjetunion zu optieren, stehe unerschütterlich fest und als Realpolitiker sei der Führer fest überzeugt, daß über alle bestehenden ideologischen Gegensätze hinweg ein wirkliches dauerhaftes, freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion möglich sei. Die realen Interessen beider Länder schlössen bei klarer Führung die Möglichkeit von Reibungsfragen grundsätzlicher Art aus. Ein Fundament für fruchttragende reale, freundschaftliche Zusammenarbeit sei gegeben.

Der erste in dieser Richtung unternommene Versuch sei gelungen. Wenn die getroffenen Vereinbarungen durchgeführt würden, so lägen auch im großen die Dinge absolut klar. Deutschland habe mit der Beendigung des polnischen Krieges ein großes Stück Siedlungsland erworben. Deutschlands territorialen [sic!] Wünsche hätten damit einen Abschluß erhalten. Für die Sowjetunion hätten die letzten Ereignisse reiche Früchte getragen: ein Zugang zur Ostsee stehe der Sowjetunion nach erfolgter Revision der Verhältnisse im Baltikum offen; die Verbindung mit den ihr blutsmäßig verwandten Weissrussen und Ukrainern sei hergestellt. Es seien auf diesem Gebiete keine Divergenzen vorhanden, die zu Reibungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion führen könnten. Der Führer sei kein Phantast und strebe nicht nach uferlosen territorialen Erwerbungen. Was die Sowjetunion betreffe, so sei sie so groß, daß sie kein Bestreben haben könne, sich in deutsche territoriale Angelegenheiten einzumischen. Damit sei das Fundament für

einen passiven Ausgleich der beiderseitigen Interessen gegeben. Was die aktive Seite dieser Frage betreffe, so ginge der Führer von nachstehenden Erwägungen aus.

Der eigentliche Feind Deutschlands sei England. In dieser Beziehung deckten sich die Interessen der Sowjetunion mit den deutschen Interessen und in dieser Richtung erscheine eine weitere Vertiefung des neuen deutsch-sowjetischen Verhältnisses als durchaus möglich. Bei uns glaube man, daß in bezug auf den englischen Fragenkomplex eine Parallelität zwischen den deutschen und den sowjetischen Interessen bestehe und daß auf diesem Gebiete nicht nur eine engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion nützlich sei, sondern auch gewisse Bindungen im Bereiche des Möglichen lägen. Es würde ihn, so erklärte der Reichsaußenminister, interessieren, im Verlaufe der gegenwärtigen Besprechungen zu hören, was die Sowjetunion über diese Frage denke. Er wolle diese Anregung als Gegenstand der Diskussion vorschlagen. Falls bei der Sowjetregierung eine gleiche Auffassung bestände, so könne man vielleicht die Frage der engeren Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Weise formulieren, daß Deutschland und die Sowjetunion ausgehend von der gemeinsam durchgeführten Regelung der polnischen Frage nunmehr auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit in bezug auf England in Aussicht genommen hätten. In einer solchen Erklärung würde zum Ausdruck kommen müssen, daß Deutschland und die Sowjetunion gewillt seien, die entsprechend von ihnen bezogenen Positionen von niemandem antasten zu lassen und sie gegebenenfalls gemeinsam zu verteidigen. Es würde sich dabei um eine Zusammenarbeit auf weite Sicht handeln, da der Führer in großen, historischen Perspektiven denke. Es würde sich nunmehr darum handeln, eine Verständigung darüber zu erzielen, in welcher Form eine derartige gemeinsame Erklärung erfolgen und der Welt bekannt gegeben werden könne. Als Vorschlag habe er, der Reichsaußenminister, einen Entwurf mitgebracht, den er den Herren Stalin und Molotow zur Begutachtung vorlegen wolle (an dieser Stelle liess der Herr Reichsaußenminister den Wortlaut des Entwurfs der Erklärung den Herren in russischer Sprache vorlesen). Der Herr Reichsaußenminister fügte hinzu, daß der Sinn dieser Erklärung nicht etwa bedeuten solle, als ob Deutschland von der Sowjetunion eine militärische Hilfe erwarte. Deutschland würde mit England und Frankreich auch allein fertig werden. Der Zweck der Erklärung bestehe vielmehr darin, vor der ganzen Welt die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion und ihre Übereinstimmung in den grundlegenden Fragen der Außenpolitik zu dokumentieren.

Zu Punkt 2 der Frage der endgültigen Grenzziehung habe der Führer durch die Berichte des Botschafters Grafen von der Schulenburg Kenntnis von den sowjetischen Vorschlägen erhalten. Dazu sei nachstehendes zu bemerken. Polen sei durch die deutsche Wehrmacht völlig zerschlagen worden. Die Handlungen der deutschen Wehrmacht hätten nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Sowjetunion Früchte getragen. Infolgedessen erwarte man in Deutschland, daß die Sowjetregierung uns in bezug auf die Erfüllung gewisser Wünsche entgegenkommen würde. Der Führer stehe fest zu den in Moskau am 23. 8. 39 getroffenen Abmachungen; er habe jedoch seinen Reichsaußenminister beauftragt, die Sowjetregierung zu veranlassen, nachstehendes zu bedenken. Die Sowjetunion sei ein riesiges Land, das über ungeheure Möglichkeiten verfüge, Deutschland dagegen sei ein verhältnismäßig kleines Land, dem es vor allem an Wald und Öl fehle. Daher bäten wir, uns gerade in diesen Fragen entgegenzukommen. Im geheimen Zusatzprotokoll sei die bekannte Trennungslinie festgelegt worden. Bezüglich ihres nördlichen Verlaufs hätten Unklarheiten bestanden. Auf Wunsch der Sowjetregie-

rung habe sich die deutsche Seite sofort einverstanden erklärt, durch Einführung des Flusslaufes der Pissa die Unklarheit zu beseitigen, was mit einer Festlegung der Linie nicht gerade zu Gunsten Deutschlands verknüpft gewesen wäre. Die Deutsche Regierung hoffe daher, daß die Sowjetregierung ihr im Süden am Oberlauf des San hinsichtlich der Ölgebiete entgegenkommen würde. Das gleiche erwarte die Deutsche Regierung hinsichtlich des Gebiets bei Augustowo und Belostock, da sich dort umfangreiche Waldungen befänden, die für unsere Wirtschaft von größter Wichtigkeit seien. Eine klare Regelung dieser Fragen würde auch für die zukünftige Enwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nur gut sein. Wir bäten, zu berücksichtigen, daß wir einen gewichtigen Beitrag zur Lösung der polnischen Frage geleistet hätten und zwar mit außergewöhnlicher Schnelligkeit (Stalin stimmte zu, daß die Sache tatsächlich sehr schnell vor sich gegangen sei).

In den Moskauer Verhandlungen vom 23.8.39 wäre der Plan der Schaffung eines unabhängigen Polens noch offen geblieben. Inzwischen scheine auch die Sowjetregierung dem Gedanken einer klaren Aufteilung Polens näher gekommen zu sein. Die Deutsche Regierung hätte diesen Standpunkt verstanden und sei ebenfalls zu einer klaren Grenzziehung entschlossen, denn auch die Deutsche Regierung glaube, daß ein selbständiges Polen die Quelle ständiger Unruhen bilden würde. Somit bewegten sich die deutschen und sowjetischen Absichten auch in dieser Beziehung in der gleichen Linie.

Sodann führte der Reichsaußenminister aus, daß er sich gefreut hätte, von den deutschen Militärs zu hören, daß das beiderseits festgelegte militärische Programm in guter und freundschaftlicher Zusammenarbeit verwirklicht worden sei. Es wäre für die militärische Leitung nicht leicht gewesen, die kämpfenden Truppen vom Feinde zu lösen und sie in umgekehrter Richtung marschieren zu lassen. Bei der 8. deutschen Armee habe dies zur Folge gehabt, daß die Polen sich eingebildet hätten, die deutschen Truppen in die Flucht geschlagen zu haben. Trotz aller dieser Schwierigkeiten sei – von geringfügigen Mißverständnissen abgesehen – die Sache glatt und reibungslos verlaufen.

Zu Punkt 3 „Baltikum" führte der Herr Reichsaußenminister nachstehendes aus.

Aus den Berichten des Botschafters Grafen von der Schulenburg ginge hervor, daß nunmehr auch diese Frage von der Sowjetregierung in Angriff genommen würde. Die gegenwärtig mit der estnischen Regierung stattfindenden Verhandlungen ständen zweifellos damit in Verbindung. Der Deutsche Gesandte in Estland[5] habe berichtet, daß die Sowjetunion Estland eine Militärkonvention für 5 Jahre (Stalin berichtigte: für 10 Jahre) angeboten, dafür Stützpunkte für sowjetische Kriegsschiffe und Flugzeuge in Estland sowie eine enge Zusammenarbeit gefordert habe. Dies sei wohl als erster Schritt zur Realisierung der baltischen Frage aufzufassen. Deutschland befände sich zur Zeit im Kriege und würde eine allmähliche Lösung der baltischen Frage begrüßen. Es stände jedoch fest, daß wir an den Dingen in Estland und Lettland desinteressiert seien. Wir wären jedoch dankbar, wenn die Sowjetregierung uns mitteilen würde, wie und wann sie den Fragenkomplex zu lösen beabsichtige, damit auch die Deutsche Regierung sich entsprechend den getroffenen Abmachungen dazu einstellen könne. Wie aus den Berichten des Grafen von der Schulenburg hervorginge, erwarte die Sowjetregierung eine klare Zustimmung von uns zu den Absichten, die sie verfolge (Stalin warf ein: „Wir erwarten eine wohlwollende Einstellung".).

[5] Gemeint ist Hans Frohwein (1887), 1936–1940 deutscher Gesandter in Estland.

In dem letzten Bericht des Grafen von der Schulenburg sei von einem Vorschlag bezüglich Litauens die Rede gewesen. Litauen gehöre gemäß den Moskauer Abmachungen zu der deutschen Interessensphäre. Gemäß dem Vorschlage Stalins solle dieses deutsche Interessengebiet gegen das östlich der Weichsel bis zum Bug gelegene polnische Gebiet ausgetauscht werden.

Hier erinnerte der Herr Reichsaußenminister an den Verlauf der Moskauer Besprechungen, als im Zusammenhang mit den sowjetischen Wünschen in bezug auf das Baltikum eine Rückfrage beim Führer sich als notwendig erwiesen habe. Der Führer habe sich damals in bezug auf den Verlauf der nördlichen Abgrenzungslinie der beiderseitigen Interessensphären mit den sowjetischen Wünschen einverstanden erklärt, da der Führer nicht Tagespolitik treibe, sondern auf eine große Zukunft hinarbeite und daher anerkenne, daß die Sowjetunion eisfreie Häfen unbedingt braucht. Infolgedessen hätten wir unsere Interessensphäre zurückgesteckt. Wir seien aber daran interessiert, diese Linie zu halten. Falls wir jedoch den sowjetischen Wünschen entsprechend auf einen Kompromiß hinarbeiten würden, so müsse an der Tatsache festgehalten werden, daß der sowjetische Vorschlag kein ausreichendes Äquivalent für den Verzicht Deutschlands auf Litauen oder Teile davon darstelle. Bei der Erwägung einer Kompromißlösung müsse unbedingt ein Weg gefunden werden, der Deutschland eine Erweiterung seines ostpreussischen Gebiets auf Kosten Litauens gewährleiste.

Der Herr Reichsaußenminister zeichnete dabei auf der Karte eine Linie ein, die er als eine geeignete und für uns annehmbare Grenze betrachte. Diese Linie müsse nach seiner Ansicht vom südlichsten Zipfel Lettlands an der Ostsee durch Litauen östlich von Kowno (das auf der Sowjetseite verbleibe), sodann östlich von Grodno verlaufen, Belostok einschließen, um dann einen geeigneten Anschluß an die Buglinie zu finden. Er bäte die russischen Herren, dies als einen noch zu diskutierenden Vorschlag seinerseits zu betrachten, jedoch im Auge zu behalten, daß der Vorschlag von Stalin für uns kein ausreichendes Äquivalent für den Verzicht auf Litauen darstelle.

Nachdem der Herr Reichsaußenminister seine Ausführungen beendet hatte, wandte sich Stalin an Molotow mit der Frage, wer von ihnen beiden dazu Stellung nehmen solle. Herr Molotow beantwortete die Frage mit der Bemerkung, daß er dies Herrn Stalin überlassen wolle, weil er es sicher viel besser machen würde. Sodann führte Stalin nachstehendes aus.

Die Überzeugung von der Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion sei immer das Grundelement der sowjetischen Außenpolitik gewesen. Schon in den Anfängen, als die Bolschewisten zur Macht gekommen seien, habe die Welt den Bolschewisten vorgeworfen, daß sie bezahlte Agenten Deutschlands seien. Der Rapallo-Vertrag sei ebenfalls durch die Bolschewisten geschlossen worden und habe alle Voraussetzungen für eine Erweiterung und Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen enthalten. Als die nationalsozialistische Regierung in Deutschland zur Macht gelangt sei, hätten sich die Beziehungen verschlechtert, da die Deutsche Regierung sich gezwungen gesehen habe, den innerpolitischen Belangen das Primat zu geben. Nach einer gewissen Zeit hätte sich diese Frage erschöpft und die Deutsche Regierung den guten Willen gezeigt, eine Besserung der Beziehungen zur Sowjetunion herbeizuführen. Die Sowjetregierung sei dazu sofort bereit gewesen. Wenn von einer Schuld an der Verschlechterung der Beziehungen überhaupt gesprochen werden solle, so müsse er feststellen, daß die Sowjetregierung in ihren historischen Konzeptionen die Möglichkeit einer guten Zusammenarbeit mit Deutschland niemals als ausgeschlossen betrachtet habe. Infolgedessen sei

die Sowjetregierung auch jetzt mit gutem Gewissen an die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Deutschland herangetreten. Diese Zusammenarbeit stelle eine solche Kraft dar, gegen die alle anderen Kombinationen zurückweichen müssten. Wenn die Deutsche Regierung der gleichen Ansicht sei und entsprechend den soeben gehörten Ausführungen des Herrn Reichsaußenministers handeln würde, so seien alle Voraussetzungen für eine gute und freundschaftliche Zusammenarbeit gegeben. Was die Deklaration betreffe, so müsse der Inhalt derselben überlegt und beraten werden. Er, Stalin, behalte sich daher eine Antwort dazu bis morgen vor. Allgemein möchte er jedoch hinsichtlich der Einstellung der Sowjetregierung zum englischen Fragenkomplex bemerken, daß die Sowjetregierung niemals Sympathien zu England gehabt habe. Man brauche nur die Schriften Lenins und seiner Schüler zu lesen, um zu erkennen, daß England von den Bolschewisten stets am meisten beschimpft und gehasst worden sei und zwar noch zu jener Zeit, als von einer Zusammenarbeit mit Deutschland noch nicht die Rede gewesen sei.

Der Herr Reichsaußenminister, so sagte Herr Stalin, hätte in vorsichtiger Form gesagt, daß Deutschland unter der Zusammenarbeit nicht eine militärische Hilfe verstehe und nicht die Absicht habe, die Sowjetunion in einen Krieg hineinzuziehen. Dies sei sehr taktvoll und gut gesagt. Es sei Tatsache, daß Deutschland zur Zeit keine fremde Hilfe brauche und vermutlich auch in Zukunft keine fremde Hilfe brauchen würde. Sollte Deutschland aber wider Erwarten in eine schwere Lage geraten, so könne es sicher sein, daß das Sowjetvolk Deutschland zu Hilfe kommen und nicht zulassen würde, daß man Deutschland erwürge. Die Sowjetunion sei an einem starken Deutschland interessiert und würde es nicht zulassen, daß man Deutschland zu Boden werfe.

Zu der Frage der endgültigen Grenzziehung führte Stalin folgendes aus.

Er habe bereits in seiner letzten Unterredung mit dem Botschafter Grafen von der Schulenburg seine Gedankengänge hierüber dargelegt. Er wolle sie heute wiederholen. Die Lösung der polnischen Frage ließe folgende Möglichkeiten offen. Die ursprüngliche Absicht sei gewesen, ein selbständiges Restpolen zu belassen. Von diesem Gedanken seien beide Regierungen inzwischen abgekommen in der Erkenntnis, daß ein selbständiges Restpolen einen ständigen Unruheherd in Europa darstellen würde. Die Polen würden alles tun, um Deutschland und die Sowjetunion gegeneinander auszuspielen. In Erkenntnis dieser Tatsache hätten beide Seiten den Gedanken der Schaffung eines selbständigen polnischen Staatswesens fallen gelassen. Nunmehr seien folgende zwei Varianten möglich.

Die erste Variante bestände darin, daß eine Aufteilung Polens stattfinde und die endgültige Grenze zwischen Deutschland und der Sowjetunion gemäß dem Protokoll vom 23. 8. 39 entlang der Flüsse Pissa, Narew, Bug, Weichsel und San verlaufen würde. Diese Lösung berge große Nachteile in sich. Sie würde zur Folge haben, daß beide Staaten gemäß der Verschiedenheit ihrer Systeme anders geartete Regelungen auf den ihnen zugefallenen polnischen Gebieten treffen würden. Deutschland würde längs der Weichsel vermutlich ein Protektorat oder etwas ähnliches errichten, während die Sowjetregierung den Weg der Schaffung einer autonomen polnischen sozialistischen Sowjetrepublik gehen würde. Dies würde unweigerlich zur Folge haben, daß die Polen aus ihrem traditionellen Hang nach Wiedervereinigung und Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Staates versuchen würden, Zwietracht zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu säen. Es würden Einflüsse hin und her gehen, die geeignet wären, die freundschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands und der Sowjetunion zu gefährden.

Aus diesen Erwägungen sei er, Stalin, zu der Überzeugung gelangt, daß es besser

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wäre, die ethnographisch zu Polen gehörenden Gebiete in einer Hand und zwar in deutscher Hand zu belassen, damit Deutschland sich dort nach eigenem Gutdünken einrichten könne. Dies würde vom Standpunkte der dauerhaften guten deutsch-sowjetischen Beziehungen nützlich sein und alle vorerwähnten Nachteile ausschließen. Infolgedessen schlüge er Deutschland vor, die in der Woewodschaft Lublin und in dem nördlich bis zum Bug angrenzenden Teil der Woewodschaft Warschau lebenden 4 Millionen Polen zu übernehmen. Die Auffassung des Herrn Reichsaußenministers, daß die von der Sowjetregierung vorgeschlagene Kompensation nicht ausreichend sei, könne er nicht gelten lassen. Das ihr überlassene Gebiet östlich der Weichsel zähle nicht weniger als 4 Millionen Einwohner, während Litauen eine Bevölkerung von nur 2 Millionen habe. Deutschland mache infolgedessen ein gutes Geschäft, da Menschen das Wertvollste seien, was man bekommen könne.

Was die deutschen Wünsche hinsichtlich des Gebiets am Oberlauf des San betreffe, so sei in dieser Beziehung ein Entgegenkommen der Sowjetregierung ausgeschlossen. Den Ukrainern sei dieses Gebiet bereits fest zugesagt. Die Ukrainer seien verteufelt nationalistisch und würden niemals auf dieses Gebiet verzichten. „Meine Hand", so sagte Stalin wörtlich, „würde ich niemals dazu hergeben, um den Ukrainern dieses Opfer zu bereiten". Um jedoch uns sein Entgegenkommen zu zeigen, mache er folgenden Vorschlag. Die Ölproduktion im Gebiet von Drohobycz und Boryslaw betrage zur Zeit etwa 300000 t und würde unter sachkundiger Leitung von Sowjetingenieuren vielleicht bis 500000 t jährlich gesteigert werden. Die Sowjetregierung sei bereit, die Hälfte dieser Produktion an Deutschland zu verkaufen und an Stelle der anderen Hälfte Rohöl aus anderen Naphthagebieten der Sowjetunion zu liefern. Als Entgelt sei die Sowjetregierung bereit, von Deutschland Steinkohle, an der in Deutschland jetzt Überfluß vorhanden sei, sowie Stahlröhren für die Naphthafelder entgegenzunehmen. Dies sei möglich und durchführbar, territoriale Zugeständnisse jedoch völlig ausgeschlossen.

Hinsichtlich der deutschen Wünsche nördlich des Bug und in Litauen bekundete Stalin ebenfalls eine hartnäckige Ablehnung. Er sagte, daß die Sowjetregierung bereit sei, Deutschland den zwischen Ostpreussen und Litauen gelegenen Zipfel mit dem Mittelpunkt Suwalki bis zur Linie unmittelbar nördlich von Augustowo abzutreten, aber nicht mehr.

Auf den Hinweis des Herrn Reichsaußenministers, daß wir die Waldungen um Augustowo dringend benötigen, erklärten Stalin und Molotow, daß wir bei der von ihnen vorgeschlagenen Grenzziehung in den Besitz des nördlichen Teils dieser Waldungen gelangen würden.

Was Litauen betreffe, so sehe die Sowjetregierung nicht ein, warum die Sowjetunion durch die Abtretung eines Teils der litauischen Gebiete eine Zerstückelung Litauens die Hand reichen solle.

Trotz nachdrücklicher Vorstellungen des Herrn Reichsaußenministers beharrten Stalin und Molotow auf dem Standpunkt, daß sie bezüglich des ehemaligen polnischen Gebiets nördlich des Bug, mit Ausnahme des Gebiets von Suwalki, und bezüglich Litauens keine Zugeständnisse machen könnten.

Dieser Teil der Unterredung schloß mit der Erklärung des Herrn Reichsaußenministers, daß er dem Führer über den Verlauf der Unterhaltung sofort telegrafisch berichten, sich selbst die Sache im Laufe der Nacht überlegen und sodann bei der nächsten Unterredung den Herren Stalin und Molotow einen Kompromißvorschlag unterbreiten würde.

Zur Frage des Baltikums erklärte Stalin, daß die Sowjetregierung von der estnischen

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Regierung die Zurverfügungstellung von Basen für ihre Kriegsschiffe in den estnischen Häfen und auf den Inseln Dago und Oesel und von Basen für ihre Luftstreitkräfte gefordert habe. Zur Bewachung dieser Stützpunkte würde die Sowjetregierung eine Infanteriedivision, eine Kavalleriebrigade, eine Panzerbrigade und eine Fliegerbrigade in Estland stationieren. Alle diese Maßnahmen würden unter dem Deckmantel des Abschlusses eines gegenseitigen Hilfeleistungspaktes zwischen der Sowjetunion und Estland erfolgen. Hierzu habe Estland sein Einverständnis bereits erteilt.

Die Frage des Herrn Reichsaußenministers, daß die Sowjetregierung somit eine langsame Durchdringung Estlands und vermutlich auch Lettlands im Auge habe, bejahte Herr Stalin mit dem Hinzufügen, daß jedoch vorläufig das bestehende Regierungssystem in Estland, die Ministerien usw. bestehen bleiben würden.

Bezüglich Lettlands erklärte Herr Stalin, daß die Sowjetregierung beabsichtige, Lettland die gleichen Vorschläge zu machen. Sollte sich Lettland dem Vorschlag eines gegenseitigen Hilfeleistungspaktes unter ähnlichen Bedingungen, wie es Estland angenommen habe, widersetzen, so würde die Sowjetarmee Lettland in kürzester Zeit „zusammenhauen".

Hinsichtlich Litauens sagte Stalin, daß die Sowjetunion Litauen einverleiben würde, falls es zu einer entsprechenden Einigung mit Deutschland über den „Austausch" der Gebiete kommen würde. Im ersten Teil der Unterhaltung drückte sich Stalin über seine Absicht der Einverleibung Litauens weniger deutlich aus.

Zum Schluß kam die Unterredung auf die Türkei. Stalin sagte, daß die Türken nicht wüssten, was sie eigentlich wollten. Am liebsten würden sie gleichzeitig mit England und Frankreich sowie mit Deutschland und der Sowjetunion abschließen. Herr Stalin stimmte der Auffassung des Herrn Reichsaußenministers, daß der beste Ausweg eine absolute Neutralität der Türkei sein würde, zu. Er bemerkte ferner, daß wenn der Hilfeleistungspakt[6] zwischen der Sowjetunion und der Türkei auf türkischer Seite die Vorbehalte wegen England und Frankreich und auf sowjetischer Seite wegen Deutschland enthalten würde, für eine Auswirkung dieses Paktes nach außen überhaupt kein Raum bliebe, „es sei denn gegen Bulgarien", fügte Stalin lachend hinzu. Im übrigen bemerkte er, daß wenn die Türkei auf ihrem eigenartigen Verhalten beharren [sic!], sich vermutlich die Notwendigkeit ergeben würde, auch die Türkei beim „Schlafittchen" zu nehmen und ihr eine Lektion zu erteilen.

Die Unterredung schloß mit der Feststellung, daß die Besprechungen am 28. 9. um 14 Uhr fortgesetzt werden sollen.

Moskau, den 28. September 1939.
gez. Hilger.

Hiermit
Herrn Reichsaußenminister von Ribbentrop
weisungsgemäß gehorsamst vorgelegt.

---

[6] Der Hilfeleistungspakt zwischen der Sowjetunion und der Türkei kam erst 1941 zustande.

Zweite Aufzeichnung

über die Besprechungen des Herrn Reichsaußenministers (27.–29. 9. 39) in Moskau.

Die Besprechungen des Herrn Reichsaußenministers mit den Herren Stalin und Molotow, die am 27. 9. 39 um 22 Uhr begonnen hatten (vgl. Aufzeichnung vom 28. 9.), wurden am 28. 9. um 15 Uhr fortgesetzt.

Der Herr Reichsaußenminister leitete die Unterredung mit der Mitteilung ein, daß er im Verlauf der vergangenen Nacht dem Führer über die erste Besprechung einen ausführlichen telegrafischen Bericht erstattet und anschließend auf Grund dieses Berichtes eine telefonische Unterredung mit dem Führer gehabt habe. Der Führer habe ihn beauftragt, den Herren Stalin und Molotow seine Grüße zu übermitteln und ihnen mitzuteilen, daß er die Vorschläge Stalins durchdacht habe und sich dessen Auffassung anschlösse. Auch dem Führer erscheine eine Aufteilung des polnischen Volksraums als bedenklich, da diese leicht zu Reibungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion führen könne, was unbedingt vermieden werden müsse. Der Führer teile die Ansicht Stalins, daß die Polen in ihrem traditionellen Streben nach einer Wiedervereinigung alle Mittel ins Werk setzen würden, um Deutschland und die Sowjetunion gegeneinander auszuspielen. Zwar sei nicht zu erwarten, daß sich hieraus ernstere Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden befreundeten Staaten ergeben könnten, jedoch seien lokale Schwierigkeiten immerhin möglich. Infolgedessen habe sich der Führer grundsätzlich zu der Annahme der sogenannten „zweiten Variante" Stalins entschlossen, jedoch mit einigen kleineren Rektifikationen, die der Herr Reichsaußenminister den Herren Stalin und Molotow an Hand einer Karte zu erörtern bereit sei.

Nachdem darauf der Chef des Generalstabs der Roten Armee, Herr Schaposchnikow[7], mit umfangreichem Kartenmaterial erschienen war, begann die Besprechung über den Verlauf der endgültigen Grenzziehung. Diese Besprechung verlief in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre; beide Teile vertraten die ihnen wichtig erscheinenden Wünsche mit Nachdruck, während in weniger wesentlichen Punkten nach kurzer Verhandlung Kompromißlösungen gefunden wurden. So hat Stalin den deutschen Wunsch nach dem Besitz der Stadt Augustowo unter Hinweis auf das Interesse der Sowjetunion an dem Besitz der durch Augustowo führenden Eisenbahn zwar abgelehnt, jedoch dem deutschen Wunsche nach dem Besitz des Augustower Waldes in der Weise Rechnung getragen, daß er sich mit einer entsprechenden Ausbuchtung der Grenzlinie nach Süden einverstanden erklärte. Ferner hat uns die Sowjetregierung in folgenden Punkten Zugeständnisse gemacht: Im ersten Entwurf der Grenzziehung war zwischen den Flüssen Narew und Bug, in der Gegend der Städte Ostrolenka, Pultusk, Wyszkow und Ostrow eine Einbuchtung bzw. eine „Nase" entstanden, die der Herr Reichsaußenminister und der Herr Botschafter Graf von der Schulenburg als unannehmbar für uns bezeichneten. Herr Stalin erklärte sich darauf bereit, auf diese Einbuchtung zu Gunsten Deutschlands zu verzichten und die Grenze kurz vor Ostrolenka nach Südosten in Richtung auf den Bug abbiegen zu lassen, mit der Maßgabe, daß die von Ostrolenka über Ostrow nach Malkinia-Gorna führende Eisenbahn auf deutschem Gebiet verbleiben soll. Dafür erklärte sich die deutsche Seite bereit, die Grenzlinie bei den Städten Rawa-Ruska und

[7] Boris Michajlovič Šapošnikov (1882–1945), seit Mai 1937 Generalstabschef der Roten Armee.

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Lubaczow etwas weiter nach Norden zu verlegen, da die Grenze sonst direkt über einer Eisenbahnlinie verlaufen wäre. Bezüglich der Stadt Przemysl entwickelte sich eine längere Diskussion. Die Bemühungen des Herrn Reichsaußenministers, die Herren Stalin und Molotow davon zu überzeugen, daß es nicht angängig sei, die Stadt, die auf beiden Seiten des San läge, zu teilen, und sie zu überreden, uns die Stadt zu überlassen, zumal der Sowjetunion die große und schöne Stadt Lemberg zufalle, scheiterten an dem hartnäckigen Widerstand der Russen, die stur erklärten, daß sie auf keinen Fall von der San-Linie abweichen könnten. Somit musste die Tatsache in Kauf genommen werden, daß der südliche, am rechten Ufer des San gelegene Teil der Stadt Przemysl der Sowjetunion zufällt. Hinsichtlich des südlichen Endpunktes der Grenzlinie, die an der Quelle des San beginnt, wurde an Hand genauer Generalstabskarten festgestellt, daß die Quelle sich westlich des Passes Ushok befindet, der somit der Sowjetunion zufällt. Die Frage des Herrn Reichsaußenministers, ob die Sowjetregierung gewillt sein würde, etwaigen deutschen Wünschen bezüglich eines erleichterten Verkehrs über den Pass Ushok Rechnung zu tragen, wurde von den Vertretern der Sowjetregierung nicht ausdrücklich abgelehnt, aber auch nicht weiter vertieft.

Nachdem auf diese Weise über die endgültige Grenzziehung ein Einverständnis erreicht worden war, erhielt der V. L. R. Hencke[8] vom Herrn Reichsaußenminister den Auftrag, die Kartenzeichner mit den erforderlichen Weisungen zu versehen und die Eintragung der Grenzlinie auf die Karten zu überwachen. Danach wurden die Besprechungen wie folgt fortgesetzt.

Der Herr Reichsaußenminister kam auf denjenigen Teil seiner gestrigen Unterredung mit Herrn Stalin zurück, in dem Herr Stalin erklärt hatte, daß die Sowjetregierung an dem Bestehen eines starken Deutschlands interessiert sei und nötigenfalls Deutschland, wenn es in eine schwere Lage käme, auch unterstützen würde. Hierzu erklärte der Herr Reichsaußenminister erneut, daß die Deutsche Regierung eine militärische Hilfe seitens der Sowjetunion nicht erwarte und ihrer auch nicht bedürfe, daß aber für Deutschland eine wirtschaftliche Hilfe seitens der Sowjetunion einen erheblichen Wert darstellen würde. In dieser Beziehung sei durch den Abschluß des Handels- und Kreditabkommens vom 19. 8. 39 bereits ein guter Anfang gemacht worden. Dieser Abschluß sei der Auftakt gewesen zu der Anbahnung der guten allgemeinen Beziehungen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sei jedoch das Wirtschaftsabkommen nur ein bescheidener Anfang, der noch sehr ausweitungsfähig sei, da der Warenumsatz zwischen Deutschland und der Sowjetunion früher fünfmal größer gewesen sei als der durch das Wirtschaftsabkommen vorgesehene Rahmen. Gegenwärtig sei Deutschland durch die Kriegsereignisse und die von England durchgeführte Blockade zu einer durchgreifenden Umstellung seines ganzen Wirtschaftslebens genötigt. In dieser Lage gewännen für Deutschland die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion eine weittragende Bedeutung. Die Sowjetunion, die über reiche Rohstoffquellen verfüge, sei in der Lage, Deutschland weitgehend zu unterstützen, während andererseits Deutschland gewillt sei, der Sowjetunion die von ihr benötigten hochwertigen Fertigerzeugnisse zu liefern. Um hierüber in Besprechungen mit der Sowjetregierung einzutreten, sei der Gesandte Schnurre[9] mit ihm nach Moskau gekommen. Er bäte die Herren Stalin und Molotow, das Außenhandelskommissariat

[8] Andor Hencke, Vortragender Legationsrat, reiste als Adjutant Ribbentrops.

[9] Karl Julius Schnurre, Leiter des Referats W IV (Wirtschaft Ost-Europas) im Auswärtigen Amt, reiste als Adjutant Ribbentrops.

anzuweisen, Herrn Schnurre in den kommenden Verhandlungen jegliches Entgegenkommen zu erweisen. Außerdem wäre er dankbar, wenn die Bereitwilligkeit der Sowjetregierung, Deutschland eine wirtschaftliche Unterstützung angedeihen zu lassen, in einem inoffiziellen Briefwechsel zwischen ihm und Molotow zum Ausdruck kommen könne. Über eine solche allgemeine Zusicherung hinaus wäre die Deutsche Regierung dankbar, wenn einige uns besonders interessierenden wirtschaftlichen Fragen in einem solchen Briefwechsel Erwähnung finden würden. Es handele sich dabei um folgende Punkte:

1) Erleichterung des Transits von Öl und Getreide aus Rumänien über die Eisenbahn Kolomea-Lemberg;
2) die Öllieferungen aus dem Gebiet von Drohobycz und Boryslaw gemäß der am Vortage von Stalin gemachten Zusicherung;
3) Erleichterung des Transits aus und nach dem Iran sowie aus und nach Afghanistan;
4) Erleichterung des Transits aus und nach den Ländern des Fernen Ostens, insbesondere des Transits von Sojabohnen und Chinagras über die transsibirische Eisenbahn nach Deutschland.

Hierzu erklärte Stalin, daß er mit einem solchen Briefwechsel durchaus einverstanden sein würde. Was die Spezialwünsche betreffe, so gewähre die Sowjetregierung grundsätzlich keinem Staate das Recht des freien Transits durch ihr Territorium. Der Iran bemühe sich sehr nachdrücklich um dieses Recht, würde es aber nicht erhalten. Trotzdem sei die Sowjetregierung mit Rücksicht auf die besondere Lage Deutschlands und den Charakter der gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion bereit, Deutschland in bezug auf den Transit die gewünschten Erleichterungen zu gewähren und diese Zusicherung in einem entsprechenden Briefwechsel festzulegen. Hierauf wurden den Herren Stalin und Molotow entsprechende Entwürfe deutscherseits übergeben.

Nach Beendigung dieses Teils der Unterredung bat der Herr Reichsaußenminister Herrn Stalin um Mitteilung, in welcher Form und in welcher Zeit die Sowjetregierung beabsichtige, ihre Absichten bezüglich des Baltikums zu realisieren.

Herr Stalin erwiderte, daß die estnische Regierung sich mit dem Vorschlage der Sowjetregierung einverstanden erklärt habe und infolgedessen mit dem Abschluß eines entsprechenden Abkommens mit Estland noch am selben Abend bzw. im Laufe der Nacht gerechnet werden könne. Sodann gab Stalin den Inhalt des inzwischen veröffentlichten Abkommens zwischen der Sowjetunion und Estland bekannt. Darüber hinaus teilte er mit, daß im Abkommen als Ort der Stationierung der sowjetischen Kriegsschiffe zwar Baltischport genannt sei, jedoch würde daneben in einem vertraulichen Spezialabkommen vereinbart werden, daß die Schiffe in Tallinn stationieren würden, solange Baltischport noch nicht entsprechend ausgebaut worden sei. Als Höchstgrenze der nach Estland einzuführenden Sowjettruppen nannte Stalin die Zahl von 25000 Mann, den Umfang der von ihm in der Unterredung am Vortage erwähnten Fliegerbrigade bezeichnete er mit drei Regimentern. Zum Schluß wiederholte Stalin, daß vorläufig nicht beabsichtigt sei, das bestehende politische und wirtschaftliche System in Estland zu ändern und dort das Sowjetsystem einzuführen. Somit bliebe vorläufig die estnische Verfassung unangetastet, die Ministerien würden ihre Arbeit fortsetzen und auch ihre auswärtigen Angelegenheiten würde Estland vorläufig selbst besorgen.

Die Absichten der Sowjetregierung gegenüber Lettland und Litauen wurden bei dieser Gelegenheit nicht besonders erwähnt, da Stalin sich zu dieser Frage bereits am Vortage ausgesprochen hatte.

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Darauf brachte der Herr Reichsaußenminister die Sprache auf Bessarabien. Er erinnerte daran, daß die Deutsche Regierung in dem geheimen Zusatzprotokoll vom 23. 8. 39 ihr Desinteressement an dieser Frage erklärt habe. Er wolle nunmehr von Herrn Stalin hören, ob er ihn seinerzeit in dem Sinne richtig verstanden habe, daß die Sowjetregierung vorläufig nicht die Absicht habe, etwas gegen Rumänien zu unternehmen, ihre Interessen jedoch in dem Augenblick reklamieren würde, wenn durch ein etwaiges Vorgehen Ungarns gegen Rumänien sich irgendwelche Veränderungen auf dem Balkan ergeben sollten. Diese Haltung der Sowjetregierung erscheine ihm als sehr begreiflich, denn er könne sich nicht denken, daß die Sowjetregierung gegenwärtig eine Erweiterung des Kriegsschauplatzes anstrebe; trotzdem machten sich bei Rumänien deutliche Zeichen einer Nervosität bemerkbar, die auch durch die Neutralitätserklärung der Sowjetunion nicht behoben worden seien. Es würde ihn als deutscher Reichsaußenminister interessieren, von Stalin zu erfahren, welche Gedanken die Sowjetregierung über ihr künftiges Verhältnis zu Rumänien habe.

Stalin erwiderte, daß die Sowjetregierung vorläufig keine Absicht habe, Rumänien anzurühren. Im Zusammenhang mit dem Übertritt der gesamten polnischen Regierung darunter des polnischen Generalstabs nach Rumänien habe Herr Molotow den hiesigen rumänischen Gesandten rufen lassen und ihn gefragt, ob sich Rumänien in Verbindung mit der Anwesenheit so vieler prominenter „polnischer Gäste" und einer so großen Anzahl von polnischen Flugzeugen in Rumänien der Pflichten ihrer [sic!] Neutralität auch ausreichend bewusst sei. Der rumänische Gesandte[10] sei sehr verlegen geworden und habe mit deutlichen Anzeichen einer starken Verängstigung Erklärungen abgegeben, in denen er die Wahrung absoluter Neutralität und die Internierung von Rydz-Smigly[11], Beck[12] und der anderen Mitglieder der polnischen Regierung zusicherte. Herr Stalin fügte hinzu, daß weder von Rumänien noch von seiten der baltischen Staaten im Augenblick irgendwelche Eskapaden zu befürchten seien, da allen diesen Staaten der Schreck[13] gründlich in die Glieder gefahren sei.

Auf die Frage des Herrn Reichsaußenministers nach dem Stande der Verhandlungen mit dem in Moskau weilenden türkischen Außenminister Saracoglu[14] erwiderte Stalin, daß er Saracoglu noch nicht gesehen habe und die Sowjetregierung gegenwärtig für Saracoglu keine Zeit habe. Hierbei ließ Stalin durchblicken, daß er an dem Zustandekommen eines Hilfeleistungspaktes mit der Türkei zweifle.

Im weiteren Verlauf der Unterredung brachte der Herr Reichsaußenminister die Rede darauf, daß deutscherseits in Verbindung mit den Kriegshandlungen gegen England der Wunsch entstehen könne, den Hafen Murmansk durch deutsche U-Boote anlaufen zu lassen, dort Reparaturen an U-Booten, eventuell auch an Hilfskreuzern vorzunehmen u. a. m.

Herr Stalin erwiderte, daß die Sowjetregierung grundsätzlich bereit sei, Deutschland auch in dieser Beziehung eine Hilfe zu erweisen. In Murmansk befände sich eine Repa-

[10] Gemeint ist Radu Crutzesku.

[11] Edward Rydź-Śmigly, Marschall, Generalinspekteur der polnischen Armee.

[12] Józef Beck (1894–1944), Außenminister Polens von 1932–1939.

[13] Gemeint war der Schreck über das Zustandekommen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und die Teilung Polens.

[14] Sükrü Saraçoglu (1888–1954), türkischer Außenminister 1939–1942 und 1944/45, Ministerpräsident ab 1942.

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

raturbase für Trawler und Kriegsschiffe, die eventuell für die von dem Herrn Reichsaußenminister erwähnten Zwecke dienstbar gemacht werden könne, jedoch müsse die Frage geprüft werden, ob trotz der Größe der Bucht von Murmansk die Möglichkeit einer entsprechenden Isolierung vorhanden sei.

Nachdem diese Unterredung um 17 Uhr 40 Min. geendet hatte, baten die Herren Stalin und Molotow den Herrn Reichsaußenminister und den Herrn Deutschen Botschafter um 19 Uhr mit ihnen im Kreml zu Abend zu essen.

Zu diesem Abendessen waren von der Begleitung des Herrn Reichsaußenministers nachstehende Herren geladen: Gauleiter Forster[15], U. St. S. Gaus[16], Ges. Schnurre, V. L. R. Kordt[17], V. L. R. Hencke, L. R. von Halem[18], Dr. Steinbichel[19], Adjutant Schulze[20], von der Deutschen Botschaft B. R. von Tippelskirch[21], Gen. Leutn. Köstring und L. R. Hilger. Von seiten der Sowjetregierung waren außer dem Präsidenten des Rats der Volkskommissare Molotow, der als Hausherr fungierte, nachstehende Persönlichkeiten anwesend: Stalin, Kriegskommissar Woroschilow[22], Vizeministerpräsident und Volkskommissar für das Eisenbahnwesen und die Brennstoffindustrie Kaganowitsch[23], Vizeministerpräsident und Volkskommissar für den Außenhandel Mikojan[24], Volkskommissar des Innern Berija[25], Vizeministerpräsident und Vorsitzender der Staatsbank Bulganin[26], Vizeministerpräsident und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission Wosnessenski[27], Sekretär des Präsidiums des Obersten Rates Gorkin[28], Vorsitzender des Moskauer Stadtrats Pronin[29], die drei Stellvertreter Molotows in seiner Eigenschaft als Volkskommissar des Auswärtigen: Potemkin[30], Dekano-

15 Albert Forster (1902–1954) war NSDAP-Gauleiter und 1939–1945 Reichsstatthalter von Danzig.

16 Friedrich Gaus, Leiter der Rechtsabteilung (R) des Auswärtigen Amts, reiste als Adjutant Ribbentrops.

17 Erich Kordt (1903–1969), 1938–1941 als Vortragender Legationsrat Chef des Ministerbüros Ribbentrops, 1941–1945 deutscher Gesandter in Japan.

18 Gustav Adolph von Halem, stellvertretender Protokollchef des Auswärtigen Amts.

19 Steinbichl, Persönlicher Referent des Leiters der Nachrichten- und Presse-Abteilung (P) des Auswärtigen Amts, Dr. Paul Schmidt(-Presse).

20 Richard Schulze(-Kossens), SS-Hauptsturmführer, Adjutant Ribbentrops.

21 Werner von Tippelskirch, Botschaftsrat, Deutsche Botschaft Moskau.

22 Kliment Jevremovič Vorošilov (1881–1969), seit 1934 Volkskommissar für Verteidigung, seit 1935 Marschall der UdSSR.

23 Lazar' Moiseevič Kaganovič (1893), 1935–1944 Volkskommissar für Verkehrswesen, ab Januar 1939 Volkskommissar für Schwerindustrie, seit 1938 gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Rats der Volkskommissare.

24 Anastas Ivanovič Mikojan (1885–1978), 1937–1946 stellvertretender Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1938–1946 Volkskommissar für Außenhandel.

25 Lavrentij Pavlovič Berija (1899–1953), seit 1938 Volkskommissar für Innere Angelegenheiten.

26 Nikolaj Aleksandrovič Bulganin (1895–1975), seit 1938 stellvertretender Vorsitzender des Rats der Volkskommissare und Leiter der Verwaltung der Staatsbank.

27 Voznesenskij, stellvertretender Vorsitzender des Rats der Volkskommissare und Leiter der staatlichen Plankommission (?).

28 Aleksandr Fedorovič Gorkin (1897), seit 1938 Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets, 1939 Kandidat des ZK der KPdSU.

29 Pronin, Vorsitzender des Moskauer Stadt-Sowjets (?).

30 Vladimir Petrovič Potemkin (1876–1946), Historiker, Diplomat, seit 1937 erster stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten.

sow[31] und Losowski[32], der Sowjetbotschafter in Berlin Schkwarzew, der Handelsvertreter in Berlin Babarin[33], der Adjutant des Kriegskommissars General Chmelnitzki, erster Sekretär von Molotow Kosyrew, Protokollchef Barkow[34], Ministerialdirektor Alexandrow[35], Gehilfe des ersten Sekretärs Sobolew[36] und Botschaftssekretär Pawlow[37]. Das Abendessen wurde in einem der Nebensäle des Kremlpalais gereicht und verlief in einer ungezwungenen und sehr freundschaftlichen Atmosphäre, die dadurch noch gesteigert wurde, daß der Gastgeber im Verlaufe des Abendessens in zahlreichen von ihm ausgebrachten Trinksprüchen jeden der anwesenden Gäste in einer teilweise sehr launigen Weise hoch leben ließ. Der erste Trinkspruch war an den Herrn Reichsaußenminiser gerichtet. Er enthielt einen sehr herzlichen Willkommensgruß an den „Glück bringenden" Gast und schloß mit einem Hoch auf Deutschland, den Führer und dessen Reichsaußenminister.

In seiner Antwort dankte der Herr Reichsaußenminister der Sowjetregierung für den ihm bereiteten warmen Empfang und erklärte, daß er mit besonderer Freude der Einladung der Sowjetregierung gefolgt und zum zweiten Mal nach Moskau gekommen wäre, nachdem während seines ersten Besuches durch den Abschluß des Nichtangriffspaktes ein guter Anfang für die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion gelegt worden sei. Danach hätten die Kriegsanstifter einen Krieg entfesselt, der in kurzer Zeit die Vernichtung von Polen zur Folge gehabt hätte. Die Tatsache, daß Deutschland und die Sowjetunion gemeinsam die Aufgabe übernommen hätten, Ruhe und Ordnung in den Gebieten des ehemaligen polnischen Staates wiederherzustellen, sei ein Unterpfand für ihre künftige freundschaftliche Zusammenarbeit auf breiter Grundlage. Diesmal sei er nach Moskau gekommen, um durch ein endgültiges Abkommen eine Regelung der Verhältnisse in den Gebieten vorzunehmen, die zwischen Deutschland und der Sowjetunion lägen. Die Schaffung einer gemeinsamen Grenze und die Tatsache, daß Deutschland und die Sowjetunion von neuem unmittelbare Nachbarn würden, eröffneten die hoffnungsvollsten Perspektiven auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit in der Zukunft. Die Sowjetunion habe große Gebiete zurückerhalten, die von den ihr blutsmäßig verwandten Ukrainern und Weissrussen bewohnt seien, während Deutschland eine große Anzahl von Volksgenossen der alten deutschen Heimat habe wieder angliedern können. Die unmittelbare Nachbarschaft, die Jahrhunderte lang zwischen Deutschland und Rußland bestanden hat, sei wie-

---

31 Vladimir Georgievič Dekanozov (1898–1953), seit 1939 stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, November 1940–Juni 1941 Bevollmächtigter Vertreter (im Range eines Botschafters) der UdSSR in Berlin.

32 Salomon Abramovič Lozovskij, Diplomat, seit 1939 stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten.

33 Evgenij Babarin, Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin.

34 V. N. Barkov, bis 1939 Leiter der Protokollabteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

35 Aleksandr Michajlovič Aleksandrov, von 1937–1940 Leiter der Mitteleuropäischen Abteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

36 Arkadij Aleksandrovič Sobolev (?), 1939–1942 Generalsekretär des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

37 Vladimir Pavlovič Pavlov, 1939–1940 (Erster) Botschaftsrat der Bevollmächtigten Vertretung (im Range einer Botschaft) der UdSSR in Berlin.

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

derhergestellt und würde ein sicheres Fundament bilden für die Freundschaft zwischen den beiden Ländern. Die Verwirklichung dieser Freundschaft wünsche der Führer und halte sie trotz der bestehenden Unterschiede in den beiderseitigen Systemen für durchaus möglich. In diesem Sinne trinke er auf das Wohl der Mitglieder der Sowjetregierung und insbesondere der Herren Stalin und Molotow, die ihm einen sehr herzlichen Empfang in Moskau bereitet hätten.

Im weiteren Verlauf des Abends erhob Herr Molotow erneut sein Glas auf das Wohl des Herrn Reichsaußenministers und führte aus, daß es die Sowjetregierung ganz besonders freue, Herrn von Ribbentrop wieder bei sich zu sehen, da er ein Mann sei, der niemals umsonst komme. Bei dem ersten Besuch habe er den Nichtangriffsvertrag abgeschlossen, jetzt stehe die Unterzeichnung eines neuen Vertrages bevor, der die Freundschaft und die Grenze zwischen den beiden Staaten endgültig verankern solle. Die Tempi von 650 km in der Stunde, mit denen Herr von Ribbentrop arbeite, erweckten bei der Sowjetregierung aufrichtige Bewunderung. Seine Energie und seine Willenskraft seien ein Unterpfand dafür, daß das von ihm vollbrachte Werk der Schaffung freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland von Dauer sein würde.

In seinem auf Stalin ausgebrachten Trinkspruch betonte Molotow die entscheidende Rolle, die dieser Mann bei der Wandlung der Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland gespielt habe.

In seinen an den Deutschen Botschafter Grafen von der Schulenburg gerichteten Worten würdigte Molotow dessen unermüdliche und konsequente Bemühungen um das Zustandekommen des gemeinsamen Werkes und dankte ihm für die dabei geleistete Arbeit.

Nach dem Abendessen fand in dem Nebensaal ein zwangloses Zusammensein statt, das bis 21.45 Uhr dauerte. Anschließend folgte der Herr Reichsaußenminister einer Einladung in das Ballett, wo für ihn und seine Begleitung die große Regierungsloge reserviert worden war. Das im Theater anwesende Publikum bekundete für die Anwesenheit des hohen deutschen Gastes ein lebhaftes und sympathisches Interesse. Die Aufführung selbst war ein erneuter Beweis für den hohen Stand des russischen Balletts, zumal die Hauptrolle zu Ehren des Gastes mit einer der besten russischen Tänzerinnen besetzt war.

Um 1 Uhr nachts wurden die Besprechungen fortgesetzt, die gegen 5 Uhr morgens zu der Unterzeichnung nachstehender Schriftstücke führten:
1) Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag[38];
2) Geheimes Zusatzprotokoll betreffs Unterbindung polnischer Agitation[39];
3) Geheimes Zusatzprotokoll betreffs Litauen[40];
4) Gemeinsame Erklärung der beiden Regierungen vom 28. 9. 39[41];
5) Vertrauliches Protokoll betreffs Übersiedlung von Reichs- und Volksdeutschen[42];
6) Briefwechsel betreffs Erweiterung des Wirtschaftsverkehrs[43];
7) Briefwechsel betreffs wirtschaftliche Sonderwünsche[44].

---

[38] Vgl. ADAP, Ser. D, Bd. VIII, Nr. 157, S. 127f.
[39] Ebenda, Nr. 159, S. 129.
[40] Ebenda, Nr. 160, S. 129.
[41] Ebenda, Nr. 161, S. 129f.
[42] Ebenda, Nr. 158, S. 128.
[43] Ebenda, Nr. 162, S. 130.
[44] Ebenda, Nr. 163, S. 131.

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Unterzeichnung gingen Besprechungen über die Abfassung einiger Punkte des Vertrages, der Zusatzprotokolle und des Schriftwechsels über wirtschaftliche Fragen voraus. So wurde in diesen Besprechungen u. a. beschlossen, daß entgegen der sowjetischen Absicht und zwecks Beschleunigung des Verfahrens der Artikel 1 des Grenz- und Freundschaftsvertrags keine ausführliche Beschreibung des Verlaufs der Grenze, sondern nur einen Hinweis auf ein entsprechendes Ergänzungsprotokoll und die anliegende Karte enthalten solle. Es wurde beschlossen, daß das Ergänzungsprotokoll[45] mit einer genauen Beschreibung des Grenzverlaufs von den deutschen Militärs im Benehmen mit den sowjetischen Militärs aufgesetzt und sodann von dem Grafen Schulenburg und Herrn Molotow unterzeichnet werden würde. Für diesen Zweck stellte der Herr Reichsaußenminister dem Grafen von der Schulenburg auf Grund der ihm erteilten Generalvollmacht eine Sondervollmacht aus.

Der deutsche Entwurf für die gemeinsame Erklärung der beiden Regierungen begegnete in seinem zweiten Teil Bedenken von seiten Stalins. Stalin vertrat die Ansicht, daß der deutsche Entwurf mit seinem Hinweis auf die imperialistischen Ziele der Westmächte die Wahrheit allzu deutlich zum Ausdruck bringe und es besser wäre, den gleichen Gedankengängen eine mehr verschleierte Form zu geben. Der Herr Reichsaußenminister erklärte, daß er zu der von Stalin vorgeschlagenen Abänderung die Genehmigung des Führers erbitten müsse. Es fand darauf eine telefonische Rücksprache des Herrn Reichsaußenministers mit dem Führer statt, mit dem Ergebnis, daß der Abänderungsvorschlag Stalins angenommen wurde.

Die deutschen Entwürfe für den Briefwechsel wurden von den Herren Stalin und Molotow bis auf eine kleine Abänderung anstandslos angenommen. Die Abänderung betraf den Punkt, in dem im deutschen Entwurf über eine sowjetische wirtschaftliche Unterstützung an Deutschland angesichts des Krieges die Rede war. Die Herren Stalin und Molotow schlugen vor, diesen Punkt so zu fassen, daß die Sowjetregierung willens ist, den Warenumsatz zwischen Deutschland und der Sowjetunion mit allen Mitteln zu steigern.

Auf diese Weise wurde binnen kurzer Zeit in allen Punkten eine völlige Übereinstimmung erzielt. Auch bei der Herstellung der Übersetzungen der deutschen Texte ins Russische und der russischen Entwürfe ins Deutsche ergaben sich zwischen den hierfür verantwortlichen Persönlichkeiten (auf deutscher Seite L. R. Hilger und auf Sowjetseite Botschaftssekretär *Pawlow*) keinerlei Meinungsverschiedenheiten.

Die übrige Zeit wurde von dem Herrn Reichsaußenminister und Stalin zu einem politischen Gedankenaustausch benutzt. Der Herr Reichsaußenminister schlug Herrn Stalin vor, nach Abschluß der Verhandlungen eine gemeinsame Erklärung Molotows[46] und des Deutschen Reichsaußenministers zu veröffentlichen, in der auf die unterzeichneten Verträge Bezug genommen und zum Schluß eine Geste zu Gunsten Japans und eines Ausgleichs zwischen der Sowjetunion und Japan gemacht werden solle. Der Herr Reichsaußenminister begründete seinen Vorschlag unter Bezugnahme auf ein von dem Deutschen Botschafter in Tokio[47] soeben erhaltenes Telegramm damit, daß gewisse, vornehmlich

[45] Ebenda, Nr. 193, S. 162–165.

[46] Ebenda, Nr. 161, S. 129f.

[47] Gemeint ist Eugen Ott (1889–1977), Generalmajor a. D., deutscher Botschafter in Japan 1938–1941.

militärische Kreise in Japan einen Ausgleich mit der Sowjetunion wünschten. Sie begegneten dabei Widerständen von seiten der Hof-, Wirtschafts- und gewisser politischer Kreise und müssten in ihren Bestrebungen von uns gestützt werden.

Herr Stalin erwiderte, daß er die Absicht des Herrn Reichsaußenministers durchaus billige, jedoch den von ihm vorgeschlagenen Weg nicht für geeignet halte und zwar aus folgenden Gründen: Ministerpräsident Abe[48] habe bisher noch keinerlei Neigung bekundet, einen Ausgleich zwischen der Sowjetunion und Japan herbeizuführen. Jeder Schritt der Sowjetunion in dieser Richtung würde von Japan als ein Nachlaufen und als Zeichen von Schwäche ausgelegt werden. Er bäte den Herrn Reichsaußenminister, es ihm nicht übel zu nehmen, wenn er, Stalin, behaupte, daß er die Asiaten besser kenne als Herr von Ribbentrop. Diese Leute hätten ihre eigene Mentalität und man könne ihnen nur mit Gewalt imponieren. In den Augusttagen, ungefähr während der Zeit des ersten Besuches des Herrn von Ribbentrop in Moskau, wäre der japanische Botschafter Togo[49] gelaufen gekommen und hätte der Sowjetregierung einen Waffenstillstand angeboten. Zu gleicher Zeit hätten die Japaner an der mongolischen Grenze einen Angriff mit 200 Flugzeugen auf Sowjetterritorium unternommen, der kläglich zusammengebrochen und mit starken Verlusten für die Japaner zurückgeschlagen worden sei. Die Sowjetregierung habe darauf, ohne es bisher in den Zeitungen zu veröffentlichen, eine Aktion unternommen, bei der eine größere Gruppe japanischer Truppen umzingelt worden sei, wobei nahezu 25 000 Mann niedergemacht worden wären. Erst hierauf hätten die Japaner den Waffenstillstand mit der Sowjetunion abgeschlossen. Jetzt seien sie dabei, ihre Leichen auszugraben und nach Japan zurückzubefördern. Nachdem sie 5000 Leichen heimbefördert hätten, wachse ihnen das Unternehmen offenbar über den Kopf und sie schienen es nunmehr aufgeben zu wollen.

Auf die an Stalin gerichtete Frage des Herrn Reichsaußenministers, ob er ihm etwas über die Lage in England und die Haltung der englischen Regierung sagen könne, führte Stalin nachstehendes aus.

Kürzlich habe Halifax[50] Herrn Maisky[51] kommen lassen und ihn gefragt, ob die Sowjetregierung gegebenenfalls zu Abmachungen wirtschaftlicher oder sonstiger Art mit England bereit sein würde. Maisky haben von der Sowjetregierung die Weisung erhalten, sich den englischen Anzapfungen gegenüber zustimmend zu verhalten. Dabei verfolge die Sowjetregierung lediglich den Zweck, Zeit zu gewinnen und herauszubekommen, was England eigentlich von der Sowjetunion wolle. Sollte die Deutsche Regierung von diesen Besprechungen des Sowjetbotschafters mit der englischen Regierung etwas hören, so dürfe sie sich keinerlei Sorgen machen. Es stecke nichts ernsteres dahinter und die Sowjetregierung denke nicht daran, mit diesen „vollgefressenen" Staaten wie England, Amerika und Frankreich irgendwelche Bindungen einzugehen. Chamberlain[52] sei ein

---

48 Nobuyukai Abe (1875–1958), General, japanischer Außenminister 1939 und Ministerpräsident von 1939–1940.

49 Shigenori Togo (1882–1950), japanischer Botschafter in Moskau 1938–1940, japanischer Außenminister 1941/42.

50 Edward Halifax (1881–1959), britischer Außenminister von 1938–1940.

51 Ivan M. Majskij (1884–1975), Bevollmächtigter Vertreter (im Range eines Botschafters) der UdSSR in Großbritannien.

52 Arthur Neville Chamberlain (1869–1940), britischer Premierminister von 1937–1940.

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schafskopf, aber Daladier[53] sei ein noch grösserer Schafskopf. Dieser hätte kürzlich den Sowjetbotschafter Suritz[54] zu sich gebeten und ihn danach ausgefragt, was zwischen der Sowjetunion und Deutschland vor sich ginge und worin die gegenseitigen Bindungen beständen. Suritz habe von der Sowjetregierung die Weisung erhalten, der französischen Regierung zu verstehen zu geben, daß die Sowjetregierung es nicht dulden könne, wenn ihr Vertreter einem „Verhör" unterzogen würde; im übrigen solle er aber versuchen, durch eine Hinhaltung der Gespräche herauszubekommen, was eigentlich Frankreich von der Sowjetunion wolle. Auch hierbei würde nichts vernünftiges herauskommen und nach französischer Art bei einem zwecklosen Palaver verbleiben. Jedenfalls mache er, Stalin, uns hierauf aufmerksam, damit wir nicht etwa glaubten, daß zwischen Frankreich und der Sowjetunion sich etwas vorbereite, wenn über die Gespräche zwischen Daladier und Suritz aus anderer Quelle etwas zu unseren Ohren gelangen sollte.

Bei dem sehr herzlichen Abschied sprach der Herr Reichsaußenminister die Hoffnung aus, daß Herr Molotow anläßlich des Austausches der Ratifikationsurkunden nach Berlin kommen und daß sich auch bald Gelegenheit für eine Zusammenkunft zwischen dem Führer und Stalin ergeben würde. Zu der etwas skeptischen Erwiderung Molotows hinsichtlich der Möglichkeit seiner Reise nach Berlin sagte Stalin, daß wo ein Wille sei, sich auch eine Möglichkeit ergeben würde[55]. Eine Zusammenkunft zwischen sich und dem Führer bezeichnete Stalin als erwünscht und auch als möglich, falls er, Stalin, am Leben bleiben würde[56].

Am 29. 9. um 12.40 Uhr trat der Herr Reichsaußenminister den Rückflug nach Berlin an.

Moskau, den 30. September 1939.
gez. Hilger.

[53] Édouard Daladier (1884–1970), Ministerpräsident Frankreichs 1933, 1934 und 1938–1940.

[54] Jakob Z. Suric, Bevollmächtigter Vertreter (im Range eines Botschafters) der UdSSR in Frankreich.

[55] Vgl. dazu ADAP, Ser. D, Bd. VIII, Nr. 258, S. 227 und Nr. 267, S. 240.

[56] Ein Treffen zwischen Stalin und Hitler fand niemals statt. „Am Leben bleibe" ist vermutlich die mangelhafte Übersetzung für die (nichtssagende) russische Abschiedsfloskel: „živy budem".

Jahrgang 39 (1991), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1991_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de